

# Leipziger LandkreisPost

NR. 01

ZEITUNG DES AFD-KREISVERBANDES LANDKREIS LEIPZIG

KOSTENLOS

## ZUM GELEIT!

**„Wer die Freiheit aufgibt,  
um Sicherheit zu gewinnen,  
wird am Ende beides verlieren.“**  
(Benjamin Franklin)

Liebe Leser, voller Stolz präsentiere ich Ihnen heute unsere erste Ausgabe der Landkreis LeipzigPost. Wir haben bei der letzten Kommunalwahl in unserem Landkreis Leipzig ein großartiges Ergebnis erzielt: insbesondere hat mich gefreut, dass wir als zweitstärkste Kraft, knapp hinter der CDU in den Kreisrat einzogen. Zudem sind wir auch in vielen Stadt- und Ortschaftsräten stark vertreten. Leider konnten wir aus Mangel an Kandidaten nicht alle Positionen besetzen. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass wir schon bei der nächsten Wahl ausreichend Kandidaten stellen können!

Es wird in der Öffentlichkeit zu wenig über unsere Arbeit berichtet, außer natürlich Negatives. Wie heißt es so schön: „Schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten!“ Deshalb überlegten wir uns, eine eigene

Zeitung herauszugeben. Wir möchten Sie vornehmlich über die Arbeit unserer Kreis- und Stadträte informieren. Außerdem berichten wir aus dem Bundes- und Landtag über die Arbeit unserer Volksvertreter.

In einigen Städten und Gemeinden läuft die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien durchaus gut. Manchmal werden die Anträge der AfD aber rigoros, aus Prinzip abgelehnt. Dabei geht es doch um Ihre Stadt oder Gemeinde! Es sollte doch eine untergeordnete Rolle spielen, von welcher Partei ein guter Antrag – zum Wohle aller Bürger – kommt! Zurzeit bin ich selbst in verschiedenen Städten in unserem Landkreis unterwegs, viele Kontakte lassen sich zu den Mitbürgern auf den Marktplätzen knüpfen. Wir unterstützen den Verein Genug GEZahlt! In Sachsen e.V. Es geht um die GEZ-Gebühren, die erneut erhöht worden sind. Im Artikel 20 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen steht: „Unbeschadet des Rechtes, Rundfunk in privater Trägerschaft

zu betreiben, werden Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet.“ Dieser Artikel ist einzigartig! In keinem anderen Bundesland ist es so geregelt, außer in Sachsen. Viele Wähler in Sachsen wünschen sich eine Neuordnung der Medienlandschaft durch eine demokratische Entscheidung der Wähler. Machen Sie es möglich! Um diesen Artikel aus der Verfassung zu streichen, brauchen wir Ihre Unterschriften! Sie können den Initiativantrag auf der Internetseite <https://sachsen.genug-gezahlt.tv/wp-content/uploads/2019/07/UnterschriftenformularGenugGEZahltSN.pdf> herunterladen oder bei unseren Ständen unterzeichnen.

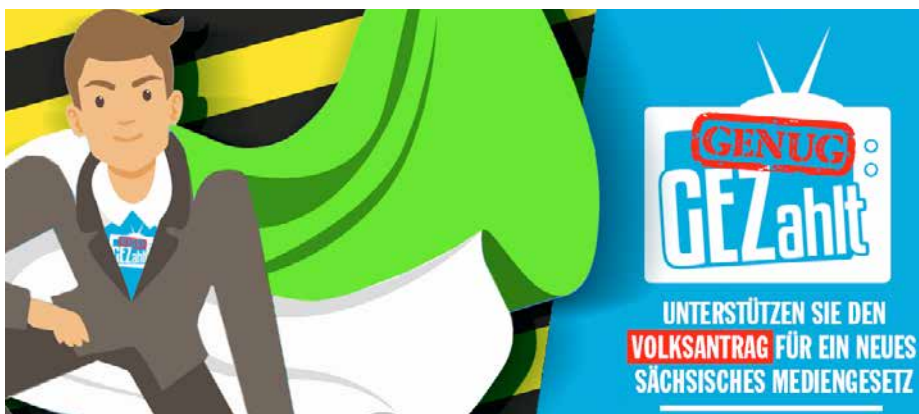
Weg mit Artikel 20 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates! Weg mit dem Parteienfernsehen! Weg mit den Rundfunkgebühren!

Liebe Leser, für Kritik, Verbesserungsvorschläge oder auch Lob sind wir erreichbar unter [leserbrief@afdlandkreisleipzig.de](mailto:leserbrief@afdlandkreisleipzig.de).

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erkenntnisgewinn bei der Lektüre!



Ihr  
**Edgar Naujok**  
Kreisvorsitzender der AfD  
im Landkreis Leipzig



## SPENDE FÜR JUGENDFEUER- WEHR BALLEN- DORF

Bild: Pixabay, Alexas\_Fotos



Die BBK GmbH, eine hundertprozentige Tochter der Stadt Bad Lausick, verschickte traditionell vor Weihnachten und Neujahr mit besten Grüßen an alle Stadträte eine Glückwunschkarte, der jeweils zwei Eintrittskarten für das Freizeitbad Riff beigelegt waren. Die Mitglieder der AfD-Fraktion beschlossen, den jeweiligen Geldwert von 30,- Euro gemeinnützig zu spenden und überwiesen den Betrag von 120,- Euro an die Stadtkasse. Im Nachgang mussten wir erfahren, dass Spenden einer Parteifraktion nicht entgegengenommen werden können. Deshalb überwies jedes Fraktionsmitglied als Einzelperson eine Spende von 30,- Euro. Der Stadtrat stimmte der Annahme zu. Wir wollten damit einen Beitrag zur Förderung der Jugendfeuerwehr im OT Ballendorf leisten und so ihre Arbeit für das Gemeinwohl würdigen. Die Leipziger Volkszeitung berichtete darüber am 15. Juni 2020.



von  
**Horst Juhlemann**  
AfD-Fraktion im  
Stadtrat Bad Lausick

## AFD-FRAKTION IM BÜRGERGESPRÄCH IM ORTSTEIL STOCKHEIM

Im Herbst 2019 führten unser Fraktionsvorsitzender Stefan Meißner und Mitglied Hans-Jürgen Kupfer ein erstes Bürgergespräch im OT Stockheim durch. Folgende Probleme wurden von Einwohnern thematisiert: fehlende Toilette und defekter Ofen am Jugendhaus, Reparatur der Straßenabschnitte zu Lehmann/Kupfer und zu Stahr, Verbreiterung der Staatsstraße Bereich Kurve am Trafohaus wegen Gefahr der Begegnung von Fahrzeugen, Anregung der Umgestaltung des sog. „Schwarzen Weges“ zwischen Stallanlage und Ortsausgang nach Otterwisch zum Radweg sowie Probleme am Fußweg Weiher nach der vor Jahren erfolgten Straßensanierung.

Umgehend wurden diese Themen mit der Stadtverwaltung besprochen und um Abhilfe gebeten:

1.) Schon Anfang 2020 erhielten wir die Zusage nach Besprechung mit der Unteren Wasserbehörde, dass der Abschnitt Lehmann/Kupfer im Herbst 2020 komplett repariert werde. Der Abschnitt Stahr erfordert

wegen Baufälligkeit der Brücken Neubauten, die für 2021/22 geplant sind.

2.) Das Problem „Toilette Jugendhaus“ bedarf einer Absprache mit dem Abwasserzweckverband, die Reparatur des Ofens wiederum musste wegen „Corona“ vertagt werden.

3.) Die Verbreiterung der Kurve am Trafohaus soll mit dem Straßenbauamt abgestimmt werden.

4.) Das Thema Radweg ist 2020 zu prüfen und in die Planung aufzunehmen, wobei die Brücke über den Göselbach einem Radweg bis auf Weiteres standhalten dürfte.

Liebe Einwohner unseres OT Stockheim, wir bleiben an Ihren Problemen dran und suchen nach Lösungen!



von  
**Horst Juhlemann**  
AfD-Fraktion im  
Stadtrat Bad Lausick



Bild: Wikipedia, CC BY-SA 3.0, Jweiller

## AFD RÖTHA SETZT SICH FÜR ERHALT DER KITA IM HERRENHAUS OELZSCHAU EIN



Bild: CC BY-SA 3.0, Geisler Martin

Im behaglichen Oelzschau, wo der Dorfgasthof, der Bäcker und der Lebensmittelmarkt bereits seit Längerem geschlossen sind, zählt die Kita im ehemaligen Herrenhaus neben der Feuerwehr und der Landfleischerei unbestritten zum Mittelpunkt im Dorfleben. Die – zumindest in der Innenarchitektur – gut erhaltene Kindertagesstätte und der Park mit seinen alten Eichen wecken bei vielen Einheimischen schöne Kindheitserinnerungen.

Das 1945 von der kommunistischen Diktatur enteignete Rittergut wurde bis 1990 im „Eigentum des Volkes“, nach der Wende als Gemeindegut weitergeführt und bis heute als Wohnung und Kindergarten genutzt. Größere Reparaturen und Instandhaltungen beschränkten sich Anfang der neunziger Jahre auf Mahlarbeiten, Heizungssanierung und Dacheindeckung. Der sich über Jahrzehnte aufgebaute Investitionsstau drängt nun die Stadtverwaltung zum Handeln. Im Stadtrat wird aktu-

ell auch eine Variante diskutiert, die den Verkauf des Herrenhauses und einen Neubau im Park vorsieht. Leider legte man bislang – außer einer sehr wagen Kostenschätzung für die Sanierung – keine Konzeption für dieses historische Gebäude vor.

Die AfD-Fraktion fordert von den Zuständigen ein Nutzungskonzept und einen Sanierungsplan. Denkbar wäre auch, Einrichtungen zum Betreuten Wohnen im Gebäude zu integrieren. Nachdem die Gesellschaft 75 Jahre nach der Enteignung ohne Mietzahlung das Gebäude genutzt hat, ist es Zeit, dafür auch eine Gegenleistung zu erbringen. Die endgültige Aufgabe des Herrenhauses und ein Neubau der Diakonie im anliegenden Park, dem auch alte Eichen zum Opfer fallen würden, ist und kann keine Alternative sein!



von  
**Jörg Dornau**  
AfD-Fraktion im  
Stadtrat Rötha

## FRISCHER WIND IM STADTRAT BÖHLEN

Seit einem Jahr ist die AfD mit vier Parteimitgliedern im Stadtrat Böhlen vertreten. Unsere neu gegründete Fraktion hat für frischen Wind im Stadtrat gesorgt.

Der Rathausanbau wurde angesichts drohender massiver Einnahmeverluste (Steuereinnahmen, Fördermittel) infolge des Corona-Lockdowns gestoppt.

Das Halteverbot an der Post wurde auf unsere Initiative und Vorschlag von Stadtrat Hänisch von 20 m auf 50 m erweitert.



Bild: Pixabay, myimmo

Auf Hinweis von Stadtrat Krebs wurden Fahrradständer am Netto-Einkaufsmarkt angeschafft.

Die „Sicherungskisten“ (2x Abdeckungen) an der Straßenbeleuchtung in Gaulis wurden auf Hinweis von Stadtrat Weitzmann in Ordnung gebracht

Eine Zustimmung für den Bau von Eigenheimen in der Ernst-Thälmann Strasse wird es von uns nicht geben.



von  
**Ingo Weitzmann**  
AfD-Fraktion im  
Stadtrat Böhlen

## GEDENKEN IM GRIMMAER „SEUMEPARK“

Wer in Grimma kennt es nicht? Das Kriegerdenkmal im Platzmannschen Park („Seumepark“).

Ein markanter Granitblock, der errichtet wurde, um an die Gefallenen der damaligen selbstständigen Gemeinden Burgberg, Hohnstädt, Böhlen und Bahren im 1. Weltkrieg zu gedenken.

Lange führte er ein jämmerliches und vergessenes Dasein. Die Inschriften sind nur noch mühsam zu entziffern und Unkräuter erfreuten sich eines ungestörten Wachstums.

Dem konnte nun ein Ende gesetzt werden. Durch die Initiative der AfD-Stadtratsfraktion und die Beantragung von Fördermitteln konnte das Denkmal vor dem Verfall bewahrt werden.

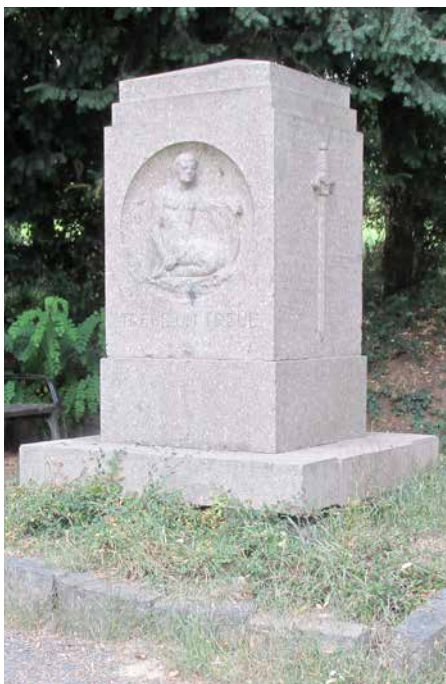


Bild: Helmut De Vecchis



von  
**Helmut De Vecchis**  
AfD-Fraktion im  
Stadtrat Grimma

## GENERVTE NACHBARN – DIE GEMEINSCHAFTSUNTERKUNFT FÜR ASYLBEWERBER IN MARKRANSTÄDT KÜNDIGEN!

Quelle: www.welt.de

In regelmäßigen Abständen erreichen uns, die vierköpfige AfD-Fraktion im Markranstädter Stadtrat, Schreiben genervter Nachbarn der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Markranstädt, im ehemaligen Hotel Gutenberg.

Schon die Umbauten am damaligen Hotel waren 2016 nicht genehmigungsfähig. Deshalb stellte der Landkreis Bedingungen, als er eine Dresdner Firma anheuerte, um dort eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber zu betreiben. In § 2 des Betreibervertrages verpflichtete er die Firma ITB nachzurüsten. Andernfalls behielt sich der Landkreis mit § 2 Absatz 4 des Vertrages ein Sonderkündigungsrecht vor.

Auf diese noch immer nicht erfolgte Nachrüstung verweisen die Nachbarn: Die Abluftanlagen der Küche funktionieren nicht so, wie sie sollten. Brandschutzvorschriften werden ignoriert. Ich persönlich be-

zweifle, dass im Gebäude überhaupt Brandmeldeanlagen funktionieren.

Aus diesem Grund forderte der Stadtrat auf Antrag der AfD-Fraktion am 06. Februar 2020 den Markranstädter Bürgermeister auf, im Kreis auf eine Kündigung zu drängen. Das hat dieser natürlich nicht gemacht.

Deshalb gibt es ja die AfD! Die AfD-Fraktion im Kreistag hat die Kündigung durch den Kreis selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Die Sitzung des Gremiums am 07. Oktober 2020 wird dazu eine Entscheidung zu fällen haben.

Der 07. Oktober ist übrigens ein denkwürdiges Datum für den Inhaber der Dresdner Asylbewerberheime – Firma, Winfried Pohl. Immerhin ist er ein ausgebildeter Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit.



von  
**Bodo Walther**  
AfD-Fraktion im  
Stadtrat Markranstädt

## APRIL, APRIL ODER NEUE BESEN KEHREN GUT?!

Seit dem 1. April 2020 hat der Zweckverband Wasser/Abwasser Bornaer Land ZBL einen neuen Geschäftsführer: Thomas Winkler. Ein Mann mit Vergangenheit. Zuvor war er langjähriger Geschäftsführer des Abwasserverbandes (AV) Köthen. Dort wurde ihm 2019 fristlos gekündigt. Warum? Mit den Gebühren der Bürger und im Namen des Abwasserverbandes Köthen schloss er Zinswetten, so genannte Derivatgeschäfte ab. Dabei verzockte er Millionen von Euro. Jahrelang hatte sich Herr Winkler jeder Rechenschaftslegung gegenüber der Verbandsversammlung verweigert. Er war der Meinung, dass dies die Verbandsversammlung nichts angehe.

Erst als 2013 ein Vergleich mit der Bank anstand und er hierzu einen Beschluss des Gremiums benötigte, hat er dieses einbezogen. Aber selbst dann weigerte er sich weiterhin, der Verbandsversammlung über die getätigten Derivatgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Diese hatten einen negativen Wert von 38 Millionen Euro. Durch ein neu abgeschlossenes Geschäft mit der Bank einigte man sich statt auf 38 Millionen Minus auf 11 Millionen Euro. Dafür zahlt der AV Köthen über viele Jahre höhere Zinsen als üblich wären. Dem AV und dessen Mitgliedern wurde ein erheblicher finanzieller Schaden zugefügt.

**Übrigens:** Hintergrund für die Entscheidung der Köthener Kündigung des Herrn Thomas Winkler war nicht nur ein Prüfbericht des Landesrechnungshofes, sondern auch ein Gutachten eines Wirtschaftsprüfungsbüros, welches vom Verband in Ergänzung des Rechnungshofberichts in Auftrag gegeben worden war.

Bis zu seiner fristlosen Entlassung und fristlosen Abwahl beharrte er darauf, dem Verband keinen Schaden zugefügt zu haben. Er sah sich immer noch in der Opferrolle.

Einen Schaden von 5,79 Millionen Euro sieht allerdings der Landkreis Anhalt-Bitterfeld und hat Herrn Winkler darauf verklagt. Dies äußerte Herr Winkler selbst im öffentlichen Teil des 17. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt. Die dortige AfD-Landtagsfraktion hatte denselben erzwungen.

Für die AfD-Fraktion im Bornaer Stadtrat ist es nicht hinnehmbar, dass die Gebührenzahler für das Fehlverhalten einstehen müssen und Thomas Winkler nun beim Zweckverband Wasser/Abwasser Bornaer Land in Lohn und Brot gebracht wurde.



von  
**René Dietze**  
AfD-Fraktion im  
Stadtrat Borna

## STREITER MIT PINSEL & FARBE



Bild: BDM

Was kann man überhaupt noch tun, in einer Zeit in der man meint, die Politik sei zur Trägheit verkommen, handlungsunfähig geworden, bürgern und faul? Ganz gleich weshalb uns dieser Eindruck entsteht oder ob er überhaupt gerechtfertigt ist; die meisten Leute fühlen, dass etwas falsch läuft. Kann dies möglicherweise auch an uns selbst liegen? Wird es vielleicht einfach wieder Zeit, das Ruder selbst in die Hand zu nehmen?

Einen solchen Weg, ganz im Sinne von: „Endlich macht’s mal jemand!“ geht der Bund Deutscher Maler – kurz BDM. „Nicht immer nur palavern – auch mal machen“ so lautet das Motto des BDM. Die Maler setzen verwahrloste Denkmäler in Stand und stellen die Farbreinheit der Altstadtfassaden wieder her. Dies alles aus eigener Tasche bezahlt und in vielen Stunden der Arbeit verrichtet. Und warum? Weil es sonst keiner macht.

Teilt gerne eigene Reinigungsarbeiten mit dem BDM oder nennt ihm die Schmutzecken, dann übernimmt er das. Zu finden sind die engagierten Einsatzkräfte bei YouTube unter dem Namen „BDM – Bund Deutscher Maler“.



von  
**Bund Deutscher Maler**  
aus dem schönen  
Sachsenland



Bild: Pixabay, MikesPhotos

## IN DIE TONNE MIT DER BIO-TONNE!



Bild: Pixabay, Ben Kerckx

Wie vor den Kreistagswahlen am 26. Mai 2019 versprochen, brachten wir im Kreistag eine Änderung der Biotonnen-Satzung ein. Leider fand sie nicht die Mehrheit der Altparteien. Hier die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden im Kreistag:

Sehr geehrte Abfall-Gebührenzahler, werter Herr Vorsitzender des Kreistages und Aufsichtsrat der KELL, werte Kreistagskollegen, unser Antrag zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung liegt seit dem 03. März 2020 diesem Gremium vor. Er hat die Abschaffung der Biotonnen-Pflicht zum Inhalt. Eine Einrichtung, mit der Sie, Herr Aufsichtsrat, die Festgebühren ab dem 01. Januar 2020 von 23,84 Euro auf 45,23 Euro erhöht haben. VERDOPPELT! Das wollen wir zurückdrehen. Das haben wir unseren Wählern versprochen.

Auch die Freien Wähler hatten das vor 18 Monaten auf vielen bunten Flyern angekündigt. Noch in Erinnerung?

Neun 9 Wochen nach der Vorlage am 03. März, zur letzten Kreistagsitzung am 10. Mai, hätten wir das

durchaus schon auf der Tagesordnung haben können. Das haben sie allerdings nicht gewollt, Herr Vorsitzender. Als Aufsichtsrat der KELL haben sie stattdessen 80.000 neue Bescheide an 80.000 Haushalte verschickt. Ja, Mehrheiten in diesem Kreistag kann man sich auch durch Aussitzen verschaffen.

### **Was wollen wir?**

Zunächst wollen wir den § 3 Absatz 3 der Abfallwirtschaftssatzung streichen, der da heißt: „Neben dem Landkreis ist der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger.“ Der „Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen“, das wissen Sie besser als ich, Herr Landrat, hat eine einzige Aufgabe: Den Unterhalt der Zentraldeponie Cröbern.

Und die Zwangs-Biotonne, das wissen Sie auch, hat eine Aufgabe: Der „Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen“ braucht Komposterde, um diese Deponie abzudecken. Das kostet dann die doppelte Grundgebühr. Eine Biogasanlage wie bei an-

deren Entsorgern, eine Anlage, die nichts kostet, sondern Gewinn abwirft, kommt deshalb gar nicht erst an die Röhre. Und diese Entscheidung verkaufen Sie als „alternativlos“.

### **Was wollen wir weiter?**

Wir wollen eine Änderung des § 6 Absatz 4 der Satzung. Die KELL zwingt derzeit als Regel jedem Besitzer eines Kleingrundstücks, ja sogar jedem Kleingärtner eine Biotonne auf.

Die doppelte Grundgebühr – wegen „Bio!“ „Bio“ und „Öko“ und „Klima“ nennt sich ja alles, was auf den Bürger an Abzocke zurollt. Ich appelliere an Sie, verehrte Mitglieder des Kreistages, insbesondere an Sie von den Freien Wählern:

Geben Sie sich einen Ruck! Denken Sie an Ihr im vergangenen Jahr gegebenes Versprechen: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Vielen Dank!



von  
Bodo **Walther**  
Vorsitzender der  
AfD-Kreistagsfraktion

## AUS DEM KREISTAG DES LANDKREISES LEIPZIG

Die Sitzung am 06. Mai 2020 fand coronabedingt erstmals in der Glück-Auf-Sporthalle in Borna frei nach Schiller: „Raum ist in der größten Hütte...“ statt.

Die elf Beratungspunkte waren früher als gedacht nach 82 Minuten diskutiert, beschlossen oder abgelehnt und wenn der ehrenwerte Kreisrat Erich Harri Ronald Gängel (Linkspartei) nicht noch abschließend den Landrat zu Riesenbärenklau, Staudenknöterich und Rußrindenbefall befragt hätte, wären die Anwesenden bereits zehn Minuten früher in den sonnigen Abend entlassen worden.

Dabei standen mit den Themen

- Flüchtlingssozialarbeit,
- Kreisentwicklungskonzept,
- Vergabe von Fördermitteln für kulturelle Aktivitäten durchaus diskutabile Gegenstände auf der Tagesordnung. Zu all diesen und anderen Schwerpunkten positionierten sich die Mandatsträger der AfD im Sinne ihres Wählerauftrages wie folgt:

Kreisrat Ingo Arndt (Machern) bezifferte die vom Steuerzahler für die Flüchtlingssozialarbeit im Landkreis Leipzig aufgebrauchten Kosten auf 752.563,61 Euro im Jahr 2019. Dabei handelt es sich um eine sogenannte freiwillige Aufgabe des Landkreises, d.h. diese Leistung muss

überhaupt nicht erbracht werden. Kreisrat Arndt verwies auch darauf, dass der Kreistag am 07. Mai 2014 damals mit Stimmen der CDU eine erstmalige Einstellung von Flüchtlingssozialarbeitern mit deutlicher Mehrheit ablehnte. Nun hat sich die CDU seit 2014 im Kreistag vermutlich linksorientiert...

Eine Abstimmung zu diesem Punkt war am 06. Mai 2020 im Kreistag gar nicht erst vorgesehen – so funktioniert heute im Landkreis Leipzig „gelenkte Demokratie“.

Kreisrätin Sela Fritzsche (Borsdorf) bezeichnete die Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzeptes als Fülle anspruchsvoller Anregungen und Visionen – leider mit einem hohen Grad der Unverbindlichkeit und mit fehlenden Finanzierungsgrundlagen. Es war auch kein Mandatsträger der AfD-Kreistagsfraktion bei der Erstellung dieses Kreisentwicklungskonzeptes einbezogen. Aus diesen Gründen erhielt dieser Tagesordnungspunkt aus der AfD-Fraktion mehrheitlich keine Zustimmung.

### Übrigens:

Kreisrat Matthias Berger (Fraktion UWV) stimmte dem Kreisentwicklungskonzept am 6. Mai 2020 aus einem einfachen Grund zu: „Das sei letztlich eine formale Voraussetzung,

um irgendwann (...) Fördermittel zu bekommen.“ Bei der Kreistagsitzung am 02. März 2011 hatte er mit der gleichen Begründung – „Alle wissen, dass das (Kreisentwicklungskonzept) im Prinzip ein formaler Baustein ist, um (...) Fördermittel beziehen zu können. Daher weigere ich mich, an diesem Schauspiel teilzunehmen“ – das Kreisentwicklungskonzept abgelehnt! Ein schönes Beispiel dafür, dass Kreisrat Matthias Berger mit identischen Argumenten für oder gegen eine Sache votieren kann.

Kreisrat Bodo Walther (Markranstädt) monierte zum Tagesordnungspunkt Vergabe von Fördermitteln für kulturelle Aktivitäten, dass der Kreistag im Monat Mai 2020 aufgefordert wird, die Förderung von Kulturprojekten abzusegnen, die schon zu Jahresbeginn begonnen haben oder bereits komplett in den ersten vier Monaten des Jahres 2020 durchgeführt und finanziert worden sind. Einer derartigen Praxis verweigerten die AfD-Mandatsträger dann auch mehrheitlich ihre Zustimmung.

Die Leipziger Volkszeitung berichtete über diesen Kreistag am 08. Mai 2020 unter der Überschrift: „Kreis-Finzen geraten wegen Corona aus den Fugen – Graichen zieht die Reißleine“. Das wird uns nicht nur 2020 und nicht nur im Kreistag beschäftigen!

Die kommende Kreistagssitzung ist für Oktober anberaumt.



## „GREEN NEW DEAL“ – DER WEG IN DEN REALEXISTIERENDEN KLIMASOZIALISMUS

Bild: Pixabay, Erich Westendarp



In Anspielung auf den New Deal der 1930er Jahre unter US-Präsident Franklin Delano Roosevelt meint Frau Ursula von der Leyen (CDU) seit dem 11. Dezember 2019 den Heiligen Gral der Wirtschaftspolitik entdeckt zu haben. Was wir nicht gesagt bekommen: Roosevelts staatsinterventionistischer New Deal – das ganze Gegenteil eines „Deals“ – hatte 20 Jahre andauernde wirtschaftliche Stagnation zur Folge. Die US-Wirtschaft lebte erst wieder auf, als – gepaart mit privater Initiative – mehr wirtschaftliche Freiheit sowie finanz- und geldpolitische Vernunft Einzug hielten. Nachdem Ursula von der Leyen (CDU) es in ihrer sechsjährigen Amtszeit geschafft hat, die Bundeswehr mit Ausgaben in der Höhe von 600 Mio. Euro – ein Dutzend davon für die Firma ihres Sohnes! – nahezu kampfunfähig und zur Lachnummer zu machen, strebt sie nun zu Höherem, Planetarischem: An Europas Wesen soll die Welt genesen!

Doch was verheißt ihr „European Green Deal“? Was bedeutet „Klimawandel bekämpfen“, „grünes Euro-

pa“ und „soziale Gerechtigkeit“? Dieser Dreiklang soll durch die Transformation aller Lebensbereiche erreicht werden: staatliche Investitionen nach politischen Zielen und vormundschaftliche, zentralistische Lenkung der Wirtschaft. Demokratisch nicht legitimierte Personen und Institutionen maßen sich aber Allwissenheit an und ersetzen das freie Handeln der Menschen durch ihre Vorgaben. Also: Befehl statt Markt! Sekundiert wird das Vorhaben durch die Europäische Zentralbank. Statt der vertraglich festgelegten Geldwertstabilität sieht man dort die Behandlung des Klimawandels von „missionskritischer Bedeutung“. Statt Wohlstand gibt es Planwirtschaft.

Der „Green Deal“ ist eine Fortschreibung der wirtschaftsfeindlichen und gescheiterten Energiepolitik und wird auch die Menschen im ländlichen Raum treffen. Nach dem beschlossenen Atomausstieg bis Ende 2022 will man nun auch das Ende der Kohleverstromung anordnen. Das wird auch im Landkreis Leipzig zu einem hohen Verlust an

Arbeitsplätzen führen. Mit Milliarden von Steuergeldern will man nun Behörden und Forschungsinstitute ansiedeln, aber wo bleiben die Industriearbeitsplätze? Durch den Wegfall der Grundlastversorgung wird die Versorgungssicherheit mit Energie gefährdet und die Kosten weiter in die Höhe getrieben. Doch nicht genug, dass Deutschland unter allen Industriestaaten, weltweit die höchsten Strompreise hat, sollten die Bürger ab nächstem Jahr mit der CO<sub>2</sub>-Steuer auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas erneut gemolken werden.

Grüner Wasserstoff als Energieträger aus Windstrom soll nun die Zukunft weisen. Ohne Rücksicht auf Menschen und Natur werden zwangsläufig immer mehr Windkraftanlagen unsere einmalige Kulturlandschaft zerstückeln.

Der „Green Deal“ untergräbt die Produktivität der etablierten Volkswirtschaften mit hohem Steueraufkommen, dabei können nur diese Naturschutzaufgaben überhaupt leisten! Dieses als Wachstumsstrategie getarnte Deindustrialisierungsprogramm ist eines der größten Umverteilungsprogramme seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Alle freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Grundsätze werden der Ideologie der Grünen Sekte geopfert.

Die AfD stellt sich klar gegen diesen Klimasozialismus! Unser Ziel ist ein Europa der selbstbestimmten und unabhängigen Vaterländer!



von  
**Jörg Dornau**, MdL  
Landwirtschaftspolitischer  
Sprecher der AfD-Fraktion im  
Sächsischen Landtag



## „UNSER TÄGLICHES BROT...“ WAS TREIBT UNSERE BAUERN AUF DIE STRASSE?

In den letzten Wochen und Monaten kletterten viele Bauern auch in Sachsen regelrecht auf die Barrikaden. Sie führten mit ihren Traktoren Flashmobs durch und entzündeten Mahnfeuer. Viele fragen sich, woher diese Wut komme und wogegen sie sich richte? Als Landwirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag begleitete ich selbst bereits viele Protestaktionen der Bauern und sprach auch auf einigen Kundgebungen.

Auch in Sachsen sehen sich die Bauern von der CDU-geführten Regierung verschaukelt! Es herrscht große Unzufriedenheit, weil relativ schnell Entscheidungen oft ohne Fach- und Sachverstand und an den Landwirten vorbeigetroffen werden. Ich denke da nur an das auf einen Kabinettsbeschluss basierende Agrarpaket, in dem eine Anhebung der Umschichtungsmittel in die zweite Säule auf sechs Prozent beschlossen wurde. Die Grünen und die SPD hatten sogar 15 % gefordert...

Das Tierwohlkennzeichnungsgesetz verkommt zudem immer mehr zu einem Kuhhandel zwischen dem Landwirtschafts- und dem Umweltministerium. Durch die geforderte

Reduzierung der Stickstoffdüngung wird besonders die Erzeugung von hochwertigen Nahrungsgetreide stark eingeschränkt, was wiederum Importe zur Folge hat aus Ländern, wo mit Sicherheit viel mehr Düngemittel eingesetzt werden.

Ein weiterer Punkt: Dieseldieselfkraftstoff wird sich durch die Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer abermals verteuern, zugleich stehen die Erzeugerpreise stark unter Druck. Besonders in der Milchviehhaltung nimmt die wirtschaftliche Schieflage dramatisch zu – auch bei den Biobetrieben. Preise von zehn Euro/Kalb sind Ausdruck des völligen Werteverfalls und sie werden – da bin ich mir sicher – noch mehr Bauern auf die Barrikaden treiben!

Auf einem Plakat las ich unlängst „Ideologie macht nicht satt!“ Das trifft genau den Punkt: Die Ideologie der sogenannten „Klimarettung“ offenbart sich als Kombination aus Katastrophenbeschwörung und utopischer Hoffnung auf Erlösung durch Wind, Sonne, Elektroautos und Veggie-Burger.

Ein grüner Landwirtschaftsminister stand sicher nicht auf dem Wunschzettel der sächsischen Land-

wirte. Für den eigenen Machterhalt hat nun auch die sächsische Union ihre letzten konservativen Werte über Bord geworfen. Meine Erwartungen an einen Minister, der zwei Prozent der Fläche unserer sächsischen Heimat der Windenergie opfern will oder willkürlich den Einsatz von Pflanzenschutzmittel auf die Hälfte beschränken möchte, halten sich arg in Grenzen! Im Sächsischen Landtag setzten wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass Sachsen im Bund Fürsprecher einer Entschärfung der überzogenen Düngemittelverordnung wird.

Ebenso darf das sog. Mercosur-Abkommen nicht unterzeichnet werden! Die damit verbundene Einfuhr von billigem Rind- und Geflügelfleisch aus Südamerika würde die Wettbewerbssituation unserer einheimischen Landwirtschaft weiter schwächen. Leider wurden beide Anträge von der Einheitsfront aus CDU, SPD, Grüne und Linke abgelehnt.

In zunehmendem Maß werden Entscheidungen in Brüssel getroffen und diese den nationalen Parlamenten nur noch zur Umsetzung vorgelegt. Doch die Visegrád-Staaten zeigen uns bei Themen wie Stickoxid, Feinstaub, CO<sub>2</sub>, Nitrat und selbst beim Wolf, dass es auch anders geht. Also: Um die Versorgungssicherheit mit Lebensmittel nicht zu gefährden bedarf es einer Renationalisierung (auch) der Agrarpolitik!



von  
Jörg Dornau, MdL  
Landwirtschaftspolitischer  
Sprecher der AfD-Fraktion im  
Sächsischen Landtag



## FÜR EINEN RECHTSSTAAT AUF ALLEN EBENEN – LINKSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN STATT HOFIEREN!

Das Bundesinnenministerium selbst hat es erkannt: „Linksextremisten verfolgen das Ziel, unsere Staats- und Gesellschaftsordnung und damit die freiheitliche Demokratie abzuschaffen und durch ein kommunistisches oder ein „herrschaftsfreies“, anarchistisches System zu ersetzen.“ Und weiter: „Ihr wirkliches Ziel, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, verlieren sie dabei nicht aus den Augen.“

Dieses Ziel verfolgen Linksextreme in einem erschreckenden Maße mit gewalttätigen Mitteln. Die Widerstandsdelikte Linksextremer in der Bundesrepublik haben sich von 135 Fällen im Jahr 2017 auf 376 Fälle im Jahr 2018 gesteigert.

Leipzig stellt innerhalb Sachsens und Deutschlands mittlerweile eine Hochburg für linksextreme Straftäter dar. Im letzten Jahr sind allein in Leipzig 357 polizeilich erfasste und mutmaßlich von Linksextremen begangene Straftaten verübt worden. Hierunter fielen ein Anschlag auf den Leipziger Senat des Bundesgerichtshofs, die Brandstiftung an drei Baukränen mit Millionenschaden und ein Einbruch – verbunden mit einer Körperverletzung – zu Lasten einer Immobilienmanagerin.

Die Alternative für Deutschland ist unter den politischen Parteien in Deutschland das bevorzugte Ziel linksextremer Straftäter. Unvergessen ist die brutale gemeinschaftliche Körperverletzung an dem AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz und der Anschlag mittels einer aus einem Kilogramm Sprengstoff bestehenden Bombe auf das AfD-Büro in Döbeln. Zuletzt erlitt der Bun-



Bild: Pixabay, Thomas Ulrich

desvorsitzende Tino Chrupalla beim Versuch, sein angezündetes Auto zu löschen, eine Rauchgasvergiftung. Seitdem die damalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig 2014 öffentlich die Auffassung vertreten hat, das Problem des Linksextremismus sei aufgebauscht worden, hat sich seitens der etablierten Politik nichts Nennenswertes getan. Die Mittel, die über verschiedene Bundesprogramme ganz überwiegend für den K(r)ampf gegen rechts verwendet wurden, beliefen sich im Jahr 2017 auf 116,5 Millionen Euro. Für die spezifische Bekämpfung des „Linksextremismus“ wurden im Jahr 2017 hingegen lediglich 1,5 Millionen Euro aufgewandt. Spätestens seitdem die sogenannte Extremismusklausel, welche eigentlich nicht mehr als eine Demokratieerklärung gewesen ist, unter Manuela Schwesig (SPD) und Thomas de Maizière (CDU) gestrichen worden ist, liegt

der drängende Verdacht nahe, dass die Bundesregierung über die Programme Toleranz fördern-Kompetenz stärken, Initiative Demokratie Stärken und Zusammenhalt durch Teilhabe Akteure aus dem linksextremen Spektrum zumindest mitfinanziert hat. Immer wieder taucht im Zusammenhang mit linksextremen Demonstrationen, die nicht selten gewalttätig verlaufen, sowie bei der Begehung sonstiger Straftaten durch Linksextreme die Fahne und der Schriftzug der sog. Antifaschistischen Aktion, kurz „ANTIFA“, auf. Der Dresdner Bundestagsabgeordnete Jens Maier hat einen Antrag in die Fraktion eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, in Zusammenarbeit mit den Bundesländern zu ermitteln, welche konkreten linksextremistischen Personen und Organisationen sich unter der Bezeichnung „ANTIFA“ gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten oder den Strafgesetzen zuwider handeln. Weiterhin fordert er das Bundesinnenministerium auf zu prüfen, bei welchen „ANTIFA“-Gruppierungen die Voraussetzungen für bundes- oder landesweite Vereinsverbote vorliegen und bei diesen Gruppierungen konsequent Vereinsverbote durchzusetzen.

Der Rechtsstaat darf auf keinem Auge blind sein! Die AfD kämpft als einzige Partei weiterhin für die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit auf (wirklich) allen Ebenen.



von  
**Jens Maier**, MdB  
Mitglied der AfD-Fraktion  
im Bundestag

## WAS IN UNGARN ANDERS GEMACHT WIRD: DIE NATIONALE KONSULTATION



Bild: Ekxabay, Walkerssk

Die Kommunikation der ungarischen Regierungskoalition FIDESZ-KDNP mit den Bürgern ist vielfältig. Zu den erfolgreichsten Instrumenten gehört – neben den Radioansprachen des Ministerpräsidenten oder seinen alljährlichen Reden zur Lage der Nation – die sog. Nationale Konsultation. Anlässlich brisanter Entwicklungen befragt die Regierung die Bürger nach ihren Ansichten, so etwa 2017 wegen der Migrationskrise in Europa. Aktuell steht die Bewältigung der Corona-Krise im Mittelpunkt: bis zum 15. August 2020 sollen die Bürger 13 Fragen beantworten, wie die Regierung mit diversen Herausforderungen umgehen soll. Dabei geht es nicht um nachträgliche Legitimation, denn die ungarische Regierung erfreut sich einer sehr hohen Zufriedenheit unter den Bürgern. Ungarn meisterte tatsächlich die Corona-Krise, die weltweit neun Millionen Infizierte und 500.000 Tote generierte, spektakulär: in einem Land mit vergleichbarer Bevölkerungsgröße, in Schweden, war die Rate der Infektionen und der Toten etwa zehnmal so groß. Und Ungarn spendete bereits seinen Nachbarländern Schutzmasken, als in Deutschland dies als

Mangelware galt und deshalb eine allgemeine Pflicht gar nicht eingeführt werden konnte. So fragt der Fragebogen der jüngsten Konsultation, ob die Regierung bei einer erneuten Krise ähnlich konsequente Maßnahmen ergreifen sollte? Damit will auch das Brüsseler ECDC bloßgestellt werden, welches Corona selbst beim ersten Todesfall noch als „gemäßigt“ einstufte, während Ungarn schon am 31. Januar 2020 die ersten Maßnahmen ergriffen hatte.

Spannender ist schon die Frage, ob das Land angesichts der Defizite bei den medizinischen Geräten und Utensilien selbst solche herstellen und sich nicht dem internationalen Markt ausliefern soll? Ebenso wird die Frage gestellt, ob an den Folgekosten der Krise auch die Banken und die Multikonzerne beteiligt werden sollten? Der Schutz der Arbeitsplätze und der „Gesundheit der ungarischen Menschen“ steht bei den ersten elf Fragen im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang soll auch die Initiative des US-amerikanischen Milliardärs und Spekulanten Georg Soros in Frage gestellt werden, der der EU große Anleihen nahelegte, was die europäischen

Länder für lange Zeit verschulden würde. Der Fragebogen benutzt hierbei den Begriff „Schuldensklaverei“, um die dramatische Folge zu illustrieren.

Die letzten zwei Fragen zielen auf die während der Corona auf Sparflamme gehaltene Migrationsfrage ab. Den Übergang liefert erneut Soros. So wird die Frage gestellt, ob Ungarn weiterhin seine Grenzen gegen illegale Migration verteidigen soll? Hierbei geht es aber auch um Widerstand gegen Brüssel, das zugunsten einer „Quotenregelung“ gar Budapest zur Änderung der ungarischen Verfassung drängt. Soll also Ungarn den Konflikt mit Brüssel offen austragen und sich gegen die Einwanderung wehren?

Die Beantwortung der Fragen ist freiwillig, die Rücksendung des Fragebogens kostenfrei. Da in zwei Jahren in Ungarn erneut Wahlen anstehen, ist die Mobilisierung der Wähler und die Festlegung der Themen für die Wahlkämpfe nahelegend. Dass die Nationale Konsultation von der Opposition stets heftig angegriffen wird, ist aus deren Perspektive verständlich. Die guten Zustimmungswerte der Regierungskoalition aber sprechen auch für sich. Zumal 2017 die Nationale Konsultation mit dem Titel „Lasst uns Brüssel stoppen“, als es explizit um Migration ging, eine nie dagewesene Zustimmung generierte: 2018 gewann die Regierungskoalition die Wahlen haushoch.



von  
**Spectator**  
*Patriotischer Journalismus  
aus Ungarn*

Bild: Pixabay, moritz20



## MITREDEN UND AKTIV WERDEN

Liebe Leser, wenn sie auch mitreden und aktiv mitwirken wollen, werden sie Mitglied oder unterstützen sie uns als Förderer. Auch als Helfer im Bereich Organisation, sind sie gerne bei uns willkommen. Machen sie mit, sind sie dabei, wenn es darum geht unser Land zu retten. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an! Den Mitgliedsantrag finden sie auf unse-

rer Internetseite oder kommen Sie in unser Bürgerbüro Borna (Grabengasse 1) oder im Abgeordnetenbüro des MdL Jörg Dornau in Grimma (Frauenstraße 15) vorbei.

Unser Kreisverband ist auf Spenden angewiesen. Von daher nehmen wir auch ihre Spenden gerne unter der unten genannten Bankverbindung entgegen!

### VIELEN DANK FÜR IHRE SPENDE!

AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig  
IBAN: DE77 8609 5604 0307 1738 40  
BIC: GENODEF1LVB

[www.afdlandkreisleipzig.de](http://www.afdlandkreisleipzig.de)

#### Herausgeber:

AfD-Kreisverband  
Landkreis Leipzig  
Grabengasse 1  
04552 Borna



Tel.: 034205 409494  
Fax: 034205 409495  
E-Mail: [geschaeftsstelle@afdlandkreisleipzig.de](mailto:geschaeftsstelle@afdlandkreisleipzig.de)

V.i.S.d.P:

Edgar Naujok (Vorsitzender)



**AfD Landkreis Leipzig  
im Web:**

[afdlandkreisleipzig.de](http://afdlandkreisleipzig.de)



**AfD Landkreis Leipzig  
bei facebook:**

[facebook.com/  
AfD.Landkreis.Leipzig](https://facebook.com/AfD.Landkreis.Leipzig)



**AfD Landkreis Leipzig  
bei Twitter:**

[twitter.com/AFDLKLeipzig](https://twitter.com/AFDLKLeipzig)

ab 18 Uhr Volksliedersingen  
ab 18:30 Uhr Kundgebung, Marktplatz Grimma

# FREIHEIT STATT KLIMA- SOZIALISMUS!

28.08.2020  
GRIMMA

BJÖRN HÖCKE      ANDREAS KALBITZ      JÖRG DORNAU





**AfD** | JÖRG DORNAU